

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 4

vom 30. Januar 2015
Redaktion: Katja Richardt

Schule, Jugend und Berufsbildung

Laptop-WLAN-Pilotprojekt an sechs Schulen mit über 750 Schülern gestartet	2
Berufsbildende Schulen informieren über ihre Bildungsangebote	4

Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Keine Gentechnik in Landwirtschaft und Gartenbau: Hamburg zeichnet Charta von Florenz.....	6
Zahl der Erwerbstätigen wächst – Unternehmen in Hamburg blicken positiv in die Zukunft.....	9
Hamburg fördert den Radverkehr	10
Modellprojekt: Nachhaltiges Lieferkonzept für die Innenstadt wird ausgeweitet.....	12
650 Jahre Messen in Hamburg: Jubiläumsgottesdienst im Michel	14

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Städtische Grundstücke für sozialen Wohnungsbau.....	15
--	----

Kultur

Arbeitsstipendien für bildende Kunst 2015.....	17
Residenzprogramm zwischen Hamburg und Zürich geht in die nächste Runde.....	18

Internationales

Europaminister der Länder treffen sich mit EU-Experten in Brüssel.....	19
GIGA-Präsidentin Narlikar ruft aufstrebende Mächte zur Übernahme von mehr Verantwortung auf	20

Datenschutz

Veranstaltung der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder anlässlich des 9. Europäischen Datenschutztages	22
Facebooks neue Datenrichtlinie tritt heute in Kraft Zweifel an der Rechtmäßigkeit bleiben.....	24

Zur Information

Terminkalender	26
----------------------	----

28. Januar 2015/bsb28

Laptop-WLAN-Pilotprojekt an sechs Schulen mit über 750 Schülern gestartet

**„Start in die nächste Generation“:
Eigene Laptops, Tablets und Co. im Unterricht**

Schulsenator Ties Rabe hat offiziell das Laptop-WLAN-Pilotprojekt „Start in die nächste Generation“ an sechs Hamburger Schulen gestartet. Je drei Stadtteilschulen und Gymnasien, verteilt über das ganze Stadtgebiet, beteiligen sich mit 34 Klassen und rund 750 Schülerinnen und Schülern. Im Frühjahr sollen weitere 16 Klassen oder Profile mit 375 Schülerinnen und Schülern beginnen. Bislang gibt es positive Rückmeldungen von über 1.100 Eltern, nur zwei Eltern haben eine Teilnahme abgelehnt. Schulsenator Rabe: „Das Projekt ist von den Schulen begeistert aufgenommen worden. Das zeigt, wie weit unsere Schulen bei der Nutzung digitaler Lernangebote und Unterrichtsmaterialien bereits sind. Digitale Medien prägen immer stärker unseren Alltag und unsere Berufswelt. Eine Schule, die auf das Leben vorbereiten will, muss sich deshalb diesen Veränderungen stellen und auch das Lernen und den Unterricht verändern. Ich freue mich über die große Unterstützung von Schulen, Eltern, Lehrkräften und Schülern auf diesem Weg.“

Beim offiziellen Start in der Stadtteilschule Oldenfelde haben Schülerinnen und Schüler exemplarisch ihre Lernmöglichkeiten vorgestellt, Lehrer gaben Einblicke in ihre Unterrichtsarbeit und auch Eltern bezogen Stellung zum Projekt. Senator Rabe: „Wir haben bei diesem Pilotprojekt sehr darauf geachtet, rechtliche und gesundheitliche Fragen zu klären und alle Anregungen in den Entscheidungsprozess aufzunehmen. Deswegen haben wir großen Wert gelegt auf eine sorgfältige und umfassende Information und Einbeziehung aller Beteiligten, insbesondere der Eltern.“ Ziel des Projekts „Start in die nächste Generation“ ist ein sinnvoller Einsatz von Smartphones, Tablets oder Laptops im Unterricht und an den Schulen. Das Projekt wurde von Senatskanzlei und Schulbehörde gemeinsam entwickelt und wird mit insgesamt 892.000 Euro finanziert.

In einzelnen Klassen und Fächern an drei Stadtteilschulen (Ilse-Löwenstein-Schule/Uhlenhorst, Stadtteilschule Oldenfelde und Schule Maretstraße/Harburg) und drei Gymnasien (Gymnasium Ohmoor/Niendorf, Gymnasium Altona und Gymnasium Osterbek/Farmsen-Berne) sollen Schülerinnen und Schüler künftig ihre eigenen mobilen Computer im Unterricht nutzen und so Tafel, Schulbuch und Schulheft sinnvoll ergänzen. Im Laufe des zweijährigen Projektes können bis zu 1.300 Schülerinnen und Schüler daran teilnehmen, rund 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen dieser Schulen. 21 Schulen hatten sich für die Teilnahme am Pilotprojekt „Start in die nächste Generation“ beworben. Voraussetzung dafür war neben einem Konzept auch das Votum der aus Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern bestehenden Schulkonferenz.

Im Rahmen des Projektes geht es einerseits um erweitertes Medienwissen, beispielsweise um Analyse und Bewertung, um Fragen nach dem Urheberrecht oder dem Recht am eigenen Bild oder um Sicherheit in sozialen Netzwerken. Andererseits geht es aber auch darum, die vielfältigen Möglichkeiten von Computern und spezieller Programme im Fachunterricht zu erlernen und einzusetzen. So werden in vielen Fächern spezielle Programme genutzt –Tabellenkalkulation im Mathe-Unterricht, Bildbearbeitung in Kunst, Präsentationssoftware, Sequenzierung oder Sampling im Musikunterricht. Zudem werden mithilfe einer grafischen Programmiersprache einfache Steuerungsprogramme entwickelt oder Daten kodiert und dekodiert. Darüber hinaus können auch spezielle Lernprogramme, wie sie beispielsweise von vielen Schulbuchverlagen schon heute angeboten werden, im Fachunterricht sinnvoll eingesetzt werden.

Die am Projekt teilnehmenden Schulen werden umfangreich unterstützt: Eltern, Schülerinnen und Schüler bekommen ausführliche Beratung, Lehrkräfte haben spezielle Fortbildungsangebote bereits genutzt. Am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) wurde ein Fortbildungspaket entwickelt, mit dem die Nutzung digitaler Lernmaterialien – seien es Online-Schulbücher oder spezielle Lernsoftware – unterstützt wird. Für Fragen und einen Erfahrungsaustausch wurde eine Online-Plattform geschaffen. Die teilnehmenden Schulen erhalten neben der erforderlichen WLAN-Ausstattung auch ein Zugangsportal, das allen Richtlinien des Datenschutzes entspricht, sowie einen Internetfilter zur Einhaltung des Jugendmedienschutzes.

Ob und wie das Projekt auf alle Hamburger Schulen übertragen werden kann, wird die begleitende Evaluation durch Prof. Dr. Rudolf Kammerl von der Universität Hamburg, Fakultät Erziehungswissenschaften, zeigen. Dabei handelt es sich um eine Verbindung von formativer Evaluation und forschendem Lernen. Unter anderem ist vorgesehen, dass Lehramtsstudierende im Unterricht hospitieren.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 428 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

29. Januar 2015/bsb29

Berufsbildende Schulen informieren über ihre Bildungsangebote

Hamburger Institut für Berufliche Bildung ist am 6. und 7. Februar mit 21 staatlichen Schulen bei Ausbildungsmesse Einstieg vertreten

Mit einer soliden Ausbildung im Beruf durchstarten ist das Motto der diesjährigen Ausbildungsmesse Einstieg in Hamburg vom 6. bis 7. Februar. Die staatlichen berufsbildenden Schulen informieren in den Messehallen Hamburg über ihre vielfältigen Bildungsangebote, in denen Jugendliche und junge Erwachsene gute Grundlagen für ihr zukünftiges Berufsleben erlangen können (Messehalle B 6, Stand S 15).

Jugendliche, Eltern, Lehrkräfte und Berater erhalten am Gemeinschaftsstand des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) mit 21 beteiligten Schulen umfassende Beratung und Informationen. Das Themenspektrum reicht von verschiedenen Ausbildungsberufen, die an Berufsfachschulen unterrichtet werden, oder Angebote zum Einstieg in die duale Ausbildung über die berufliche Weiterbildung bis hin zu Schulformen im berufsbildenden Bereich, an denen junge Menschen vor oder nach der Berufsausbildung die (Fach-)Hochschulreife erlangen können.

Beispiele aus dem vielfältigen Informationsangebot:

- Mehrere staatliche Berufsschulen bieten in Kooperation mit Hochschulen oder Akademien Zusatzqualifikationen und Abschlüsse an. Damit erhöhen die Schulen die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Durch die Anerkennung von Inhalten der abgeschlossenen dualen Ausbildung verkürzt sich die Studienzeit jeweils erheblich. Über die ausbildungsbegleitenden Bachelor-Studiengänge informieren verschiedene Schulen am HIBB-Stand.
- Einige Berufe werden in Hamburg schulisch an **vollqualifizierenden Berufsfachschulen** ausgebildet. Hierüber informieren mehrere berufsbildende Schulen. Neben den Berufen im Gesundheitsbereich gehören dazu z.B. Uhrmacher/innen, Biologisch-, Chemisch- oder Pharmazeutisch-technische Assistenten/innen, Sozialpädagogische Assistenten/innen, Kaufmännische Assistenten/innen (Fachrichtung Fremdsprachen), Kaufmännische Medienassistenten/innen, Assistenten/innen für Screen Design, Assistenten/innen für Freizeitwirtschaft oder Assistenten/innen für Technische Kommunikation und Produktdesign.
- Die **Berufsqualifizierung** an den Hamburger berufsbildenden Schulen bietet Jugendlichen, die trotz mehrfacher Bewerbungen noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, einen Einstieg in die duale Berufsausbildung. Mehrere Schulen informieren über die Angebote in rund 30 Ausbildungsberufen in der Berufsqualifizierung, über Bewerbungsfristen und -voraussetzungen sowie über Ausbildungsinhalte.

- Für Jugendliche mit einem mittleren Schulabschluss, die eine duale Ausbildung im kaufmännisch-verwaltenden Berufsfeld oder ggf. später ein Fachhochschulstudium anstreben, wurde die zweijährige **Höhere Handelsschule** praxisnah weiterentwickelt. Über die Ausbildungsinhalte und -abschnitte, Bewerbungsvoraussetzungen und Anmeldefristen informieren die sechs staatlichen Höheren Handelsschulen an ihrem Gemeinschaftsstand.
- Zum Schuljahr 2014/15 startete die **Höhere Technikscheule für Informations-, Metall- und Elektrotechnik**. Sie vermittelt Jugendlichen mit einem mittleren Schulabschluss die Grundzüge einer beruflichen Fachbildung für technische Berufe und erleichtert so den Einstieg in die Berufsausbildung für technische Berufe. Hierüber informieren die beiden Schulstandorte in Farmsen und Wilhelmsburg am HIBB-Messestand.
- Als attraktive Alternative zur Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen bieten die **Beruflichen Gymnasien** ihren Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit, berufliche Schwerpunkte zu bilden und die fachlichen Voraussetzungen für ein Studium oder eine berufliche Ausbildung zu erwerben. Die Beruflichen Gymnasien informieren am HIBB-Stand über ihre jeweiligen Unterrichtsinhalte in den Fachrichtungen Pädagogik und Psychologie, Technik oder Wirtschaft.
- An **Fachoberschulen** oder **Berufsoberschulen** erlangen junge Menschen mit einem mittleren Schulabschluss und einer abgeschlossenen Berufsausbildung in den entsprechenden Fachrichtungen die Fachhochschulreife oder die Hochschulreife. Über diese Angebote informieren die entsprechenden Schulen.
- Die **berufliche Weiterbildung** wird seit Jahren immer stärker nachgefragt und liegt im Trend. Mit dabei sind deshalb mehrere Fachschulen für die berufliche Weiterbildung: Die Fachschulen für Sozialpädagogik informieren u.a. über die Weiterbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher, die in Kooperation mit mehreren Hamburger Trägern auch nebenberuflich angeboten wird. Zwei Fachschulen für Technik präsentieren ihre Weiterbildungsangebote in verschiedenen technischen Fachbereichen und Fachrichtungen.

Am HIBB-Stand und auf der zentralen Bühne wird auch die Jugendberufsagentur Hamburg über ihre Angebote berichten: In allen Hamburger Bezirken sind Standorte der Jugendberufsagentur eingerichtet, in denen junge Hamburgerinnen und Hamburger bis 25 Jahren Unterstützung, Beratung und Vermittlung am Übergang von der Schule in den Beruf erhalten.

Anlage: Liste der teilnehmenden berufsbildenden Schulen am Gemeinschaftsstand

Für Rückfragen der Medien:

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Dr. Angela Homfeld, Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 / 4 28 63 – 2842,

Mail: angela.homfeld@hibb.hamburg.de

Internet: www.hibb.hamburg.de

27.01.2015/bwvi27

Keine Gentechnik in Landwirtschaft und Gartenbau:

Hamburg zeichnet Charta von Florenz

Hamburg bekennt sich zur Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft und im Gartenbau. Aus diesem Grund hat der Senat heute beschlossen, dass Hamburg dem Netzwerk der gentechnikfreien Regionen (Charta von Florenz) beitrifft. Die Ziele des Netzwerks unterstützt der Senat mit zahlreichen Maßnahmen, Projekten und finanziellen Förderungen. Hamburg wird dadurch eine führende Position bei der gentechnikfreien Landbewirtschaftung einnehmen. Senator Frank Horch sagt: „Wir erhalten uns damit einen wichtigen Standortvorteil und kommen auch dem Wunsch der Verbraucher nach gentechnikfreien, regional erzeugten Lebensmitteln nach.“

Hamburg setzt dabei folgende Schwerpunkte:

a) Agrarförderung im Rahmen des Agrarförderprogramms

- Förderung fünfgliedriger Fruchtfolgen

Mit dem vermehrten Anbau von Hülsenfrüchten kann der Import von (gentechnisch veränderten) Eiweißpflanzen reduziert werden. Diese Maßnahme fügt sich damit in die nationale Eiweißstrategie ein, mit der die langfristige Versorgung mit Eiweißfuttermitteln ohne zusätzliche Soja-Importe sichergestellt werden soll.

- Förderung des ökologischen Landbaus

Hier wird eine Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Flächen angestrebt.

b) Ökologischer Landbau

Die gesetzlichen Regelungen der EG-Öko-Verordnung für den ökologischen Landbau schließen die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen und aus oder durch gentechnisch veränderte Organismen hergestellte Erzeugnisse als Futtermittel, Pflanzenschutzmittel, Düngemittel, Bodenverbesserer, Saatgut, vegetatives Vermehrungsmaterial, Mikroorganismus oder Tier ausdrücklich aus. Im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen fördert Hamburg u.a. den ökologischen Landbau. Hier wird eine deutliche Erhöhung der im GAK-Rahmenplan vorgesehenen Fördersätze um 30 % vorgenommen, um eine Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Flächen und der ökologisch gehaltenen Tiere zu erreichen. Darüber hinaus soll der Hamburger Teil des Alten Landes, in dem bereits heute 10 % der vorhandenen Obstanbauflächen ökologisch bewirtschaftet werden, zur Modellregion Bio-Obst entwickelt werden.

c) Verpachtungen landeseigener Flächen

Bezüglich der Verpachtung von landeseigenen landwirtschaftlichen Flächen soll bei neuen Verpachtungen sowie der Verlängerung bestehender Verträge eine gentechnikfreie Nutzung der Flächen vertraglich festgeschrieben werden. Auf diese Weise wird der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf landeseigenen Flächen verhindert.

d) Forschungsförderung in den Bereichen Landwirtschaft und Gartenbau

Der Senat fördert Forschungsansätze zur Vermeidung von Gentechnik in Landwirtschaft und Gartenbau durch Forschungsprojekte zu konventionellen und ökologischen Anbaumethoden.

Schwerpunkte liegen dabei in den Bereichen Pflanzenschutz, Präventions- und Überwachungsstrategien im Vorratsschutz, Resistenzmanagement sowie innovative Applikationstechnik.

- e) Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen
Im Bereich der Verpflegung von Kantinen, Kindertagesstätten und Schulen wird angestrebt, Richtlinien und Empfehlungen so auszugestalten, dass ausschließlich Nahrungsmittel, die frei von gentechnisch veränderten Organismen sind, verwendet werden.
- f) Förderung von regionalen Initiativen zur Gentechnikfreiheit
Der Senat fördert (bereits bestehende) regionale Initiativen zur Gentechnikfreiheit. In diesem Kontext werden auch Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben, mit dem Ziel gentechnikfreie Futtermittel zu beschaffen, unterstützt. Mittelfristig wird das Ziel verfolgt, den Bedarf nach gentechnisch veränderten Futtermitteln zu reduzieren und durch Futtermittel zu ersetzen, die frei von gentechnisch veränderten Organismen sind.
- g) Förderung von Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen Verbraucherschutz und Verarbeitung von gentechnikfreien Produkten
Hamburg wird mit dem Themenbereich verbundene Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.
- h) Naturschutzrecht
Entsprechend den Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes muss in bestimmten Fällen für die Freisetzung und den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen eine Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Der Senat möchte prüfen lassen, ob und in welcher Form Freisetzungs- oder Anbauverbote von gentechnisch veränderten Organismen in den Naturschutzgebietsverordnungen für den Schutz der jeweiligen Schutzgüter geeignet sind.
- i) Einsatz auf EU- und Bundesebene
Darüber hinaus wird sich Hamburg weiterhin auf EU- und Bundesebene dafür einsetzen, dass in Landwirtschaft und Gartenbau keine Gentechnik zur Anwendung kommt.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

Anlage: Informationen zur Charta von Florenz

Europäisches Netzwerk der gentechnikfreien Regionen Charta von Florenz

Am 4. Februar 2003 schlossen sich 21 Regionen im Europäischen Netzwerk der gentechnikfreien Regionen zusammen. Die zentralen Forderungen des Zusammenschlusses wurden im Jahr 2005 in der so genannten Charta von Florenz konkretisiert.

Die wichtigsten Ziele der Charta sind:

- der Einsatz für nationale bzw. regionale Befugnisse unabhängig von dem Zulassungsverfahren auf europäischer Ebene Anbauverbote von gentechnisch veränderten Pflanzen zu erlassen (so genannte opt-out-Regelung),
- die Einflussnahme auf die europäischen Institutionen zur Überarbeitung des derzeit gültigen Genehmigungsverfahrens zur Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen,
- die Einführung des Verursacherprinzips bei Verunreinigungen von Ernte und Saatgut,
- die Sicherstellung und Förderungen von gentechnikfreiem Saatgut,
- die Unterstützung von internationalen Vereinbarungen zur Zertifizierung von gentechnikfreien Rohmaterialien,
- der Erhalt der Artenvielfalt der Regionen und
- der Schutz dieser Artenvielfalt vor Patentierung.

Mittlerweile sind 62 europäische Gebietskörperschaften dieser Interessensgemeinschaft beigetreten. Die Mitgliedsregionen stammen aus Belgien, Frankreich, Italien, Österreich, Spanien, Kroatien, Griechenland und Großbritannien. Aus Deutschland sind die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen sowie Baden-Württemberg Mitglieder im Netzwerk. Zuletzt traten 2014 im April Bayern und im Mai Hessen bei. Damit sind neun deutsche Bundesländer Mitglied im Netzwerk.

27. Januar 2015/bwvi27b

Zahl der Erwerbstätigen wächst – Unternehmen in Hamburg blicken positiv in die Zukunft

Hamburg steht als Wirtschaftsstandort gut da. Die Zahl der Erwerbstätigen wächst, die Mehrzahl der Unternehmen am Standort sind zufrieden und blicken positiv in die Zukunft. Laut Statistikamt Nord ist in Hamburg die Zahl der Erwerbstätigen zum wiederholten Mal gestiegen. Im Jahr 2014 gingen rund 13 500 mehr Personen einer Erwerbstätigkeit nach als 2013. Die Zahl stieg damit in 2014 um 1,1%. Im Bundesgebiet waren es 0,9%. Zu den Erwerbstätigen zählen u.a. die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die mit etwa 2% besonders stark wuchsen. Vor dem Hintergrund der in 2014 veränderten geopolitischen Ereignisse und der weltwirtschaftlichen Veränderungen ist der Anstieg der Erwerbstätigkeit auf ein neues Rekordergebnis besonders erfreulich.

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen verbesserten sich im vierten Quartal 2014 ebenfalls wieder leicht. So stieg der Geschäftsklimaindikator der Handelskammer Hamburg zuletzt um 3,9 Punkte auf 113,4. Auch das Hamburger Handwerk beurteilt seine Geschäftslage überwiegend positiv. Die Ergebnisse der letzten Befragung für das Sommerhalbjahr 2014 ergaben, dass mit 49 Prozent fast die Hälfte der Unternehmen ihre Lage als gut einschätzt. Weitere 41 Prozent beurteilen ihre Geschäftslage als zufriedenstellend.

Wirtschaftssenator Frank Horch: „Ich freue mich, dass die Mehrheit der Unternehmen trotz der nach wie vor vorhandenen Risiken aus dem europäischen und weltwirtschaftlichen Umfeld positiv in die Zukunft blickt. Die Mehrzahl der Unternehmen beurteilt ihre aktuelle Geschäftslage als gut oder befriedigend. Wir haben mit dem Masterplan Industrie, dem Masterplan Handwerk und dem Bündnis für den Mittelstand die richtigen Weichen gestellt. Und wir werden weiter alle Anstrengungen unternehmen, um den Wirtschaftsstandort zu stärken und für die Zukunft bestens aufzustellen.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

27. Januar 2015/bwvi27a

Hamburg fördert den Radverkehr

Senat beschließt Bike+Ride- (B+R) Entwicklungskonzept

Bis zum Jahr 2025 entstehen 12.000 neue Fahrradabstellplätze an Hamburgs Schnellbahn-Haltestellen. Die Park+Ride-Betriebsgesellschaft mbH (P+R) übernimmt künftig federführend den Bau und den Betrieb aller Anlagen. Damit werden bisher unterschiedliche Zuständigkeiten im Interesse einer wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung gebündelt. Das hat der Senat heute mit dem auch von der Bürgerschaft geforderten B+R-Entwicklungskonzept beschlossen.

Senator Frank Horch: „Fahrrad und ÖPNV ergänzen sich wunderbar. Zusammen bieten sie hervorragende Potenziale für eine Vernetzung und für eine zukunftsfähige Mobilität in Hamburg. Attraktive Fahrradabstellanlagen in ausreichender Zahl sind dabei eine Grundvoraussetzung, um noch mehr Verkehrsteilnehmer zum Umstieg auf Busse und Bahnen zu motivieren. Das Bike+Ride-Entwicklungskonzept ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Förderung des Radverkehrs und des ÖPNV gleichermaßen.“

Klaus Uphoff, P+R: „Wir sehen vor allem die Bündelung von Bau und Betrieb in einer Hand als große Chance. Der Zustand der B+R-Anlagen ist heute vielfach unbefriedigend und entspricht nicht mehr dem technischen Standard. Gemeinsam mit allen Beteiligten werden wir daher zukunftsfähige Standards entwickeln, auf Grundlage des Konzepts die entsprechenden Prioritäten für Aus- und Neubau ableiten sowie die Wartung und Instandhaltung der Anlagen verbessern.“

Immer mehr Hamburgerinnen und Hamburger nutzen das Fahrrad für die alltäglichen Wege. Es gewinnt damit auch als Zubringer zu ÖPNV-Haltestellen immer mehr an Bedeutung. Eine gute Verknüpfung des Fahrrads mit dem ÖPNV ist deshalb eines der erklärten Ziele der Radverkehrsstrategie des Senats.

Die P+R-Betriebsgesellschaft hat im Auftrag der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation ein Bike+Ride-Entwicklungskonzept erarbeitet. Neben einer Bestandsaufnahme und einer Potenzialabschätzung sind die Anforderungen an zukunftsfähige B+R-Anlagen konkret benannt worden. Darüber hinaus beschreibt das Konzept die Umsetzung und den Betrieb „aus einer Hand“.

Die wesentlichen Inhalte des Bike+Ride-Entwicklungskonzeptes:

- Bis 2025 werden rund 12.000 Fahrradabstellplätze neu gebaut und der Bestand damit auf 28.000 Plätze aufgestockt. Die Hälfte der Plätze wird überdacht sein, 20% werden Mietplätze vorwiegend in Fahrradsammelschließanlagen sein.
- Das Investitionsvolumen bis 2025 beträgt geschätzt 30,7 Mio. Euro für die Modernisierung der bestehenden Anlagen und den Neubau der zusätzlichen Stellplätze.
- P+R übernimmt federführend für alle Bike+Ride-Anlagen den Bau und den Betrieb

Das Bike+Ride-Entwicklungskonzept finden Sie hier: <http://www.hamburg.de/4440776>

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040-42841-1326 oder 2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

28.01.2015/bwvi28

Modellprojekt: Nachhaltiges Lieferkonzept für die Innenstadt wird ausgeweitet

Hamburg und UPS schließen Partnerschaft für City-Logistik

Gemeinsam testen die Freie und Hansestadt Hamburg und UPS (United Parcel Service) ab 1. Februar 2015 in einem zweijährigen Modellprojekt eine neue Form der City-Logistik. Mit dem Ziel, die Verkehre und damit die Emissionen durch die Paketzustellung in der Innenstadt zu reduzieren, wird UPS an bis zu vier zentralen Standorten Container als Zwischenlager aufstellen. Von hier aus erfolgt die Zustellung von Sendungen zu Fuß oder mit dem Fahrrad.

Ein Modellversuch mit einem Lagercontainer am Neuen Wall wurde bereits 2012 erfolgreich initiiert. Darauf basierend haben sich Hamburg, das Business Improvement District (BID) Neuer Wall und das Unternehmen UPS geeinigt, zukunftsfähige Lösungen für den Lieferverkehr weiter zu entwickeln.

Senator Frank Horch begrüßt die Offenheit der Partner für neue Ansätze in der Zustellungslogistik: „Die vereinbarte Ausweitung des Modellversuchs schafft eine wichtige Grundlage für die Etablierung eines Lieferverkehrs, der sich veränderten Rahmenbedingungen und Anforderungen stellt“. Neben den positiven Auswirkungen auf die Verkehrssituation in der Innenstadt, erwartet Senator Horch zugleich auch eine erhöhte Aufenthaltsqualität: „Durch weniger Fahrten und Haltevorgänge werden insgesamt Emissionen, vor allem aber auch Flächenbedarfe für die Zustellfahrzeuge in zentralen Bereichen der Stadt eingespart“.

„Der BID Neuer Wall hatte bereits zuvor aufgrund der beengten Verhältnisse in der Straße in vielen Gesprächen mit Logistikunternehmen versucht, eine bessere Organisation des Lieferverkehrs zu erreichen, wobei der Paketdienst dabei die besten Chancen bot, Verbesserungen zu erreichen“, führt Claudius von Rüden, BID-Koordinator des Bezirkes Hamburg-Mitte aus.

„Wir haben mit dem ersten Versuch mit einem Container als mobilem Depot für Pakete erreicht, dass Lieferverkehre nicht nur am Neuen Wall, sondern auch in der Umgebung reduziert werden konnten“ fasst Frank Sportolari, Generalbevollmächtigter UPS Deutschland, die ersten Erfahrungen zusammen. „Die Ausweitung des Konzepts ist für uns daher eine folgerichtige Entscheidung. Nachhaltigkeit ist ein zentraler Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie und wir freuen uns, einen Beitrag zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs leisten zu können. Nachhaltigkeit kommt der Umwelt insgesamt zugute und deshalb profitieren alle davon, auch Unternehmen oder Händler, Kunden und Anteilseigner. Wir bedanken uns bei der Stadt Hamburg und dem BID Neuer Wall für die hervorragende und partnerschaftliche Zusammenarbeit.“

Seit 2012 nutzt UPS eine Stellfläche am Neuen Wall (Bei der Stadtwassermühle), um dort morgens einen mit Paketen beladenen Container abzustellen, vom dem aus UPS Zusteller die Pakete zu Fuß mit Sackkarre, mit Lastenfahrrädern und einem elektrisch unterstützten Fahrrad zu den Empfängern bringen. Abgeholte Sendungen werden von den UPS Mitarbeitern in den Container verbracht, der dann abends abgeholt und zurück in die UPS Niederlassung transportiert wird. Um den Lieferverkehr angrenzender UPS Zustelltouren zu reduzieren, werden weitere Container nach dem gleichen Prinzip am Hopfenmarkt, Raboisen und in der Welckerstraße eingesetzt.

Das Modellprojekt soll Aufschluss darüber geben, ob ein entsprechendes Konzept auch für größere Einzugsbereiche überzeugend ist und ob es auch für andere Logistikbereiche offen und anwendbar sein könnte.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040-42841-1326

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

29. Januar 2015/pr29

Scholz: „Hamburg ist eine Messe wert!“

650 Jahre Messen in Hamburg: Jubiläumsgottesdienst im Michel

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat beim Jubiläumsgottesdienst die Bedeutung des 650jährigen Messewesens der Freien und Hansestadt hervorgehoben: „Die Messe hat sich zu einem wichtigen wirtschaftlichen Standbein entwickelt. Wir bieten einen Marktplatz für Publikumsmessen wie „hanseboot“ und „hansepfed“, andere Messen wie die „Internorga“, „SMM“ oder „WindEnergy“ sind europäische, wenn nicht weltweite Leitveranstaltungen. Auch bei Großereignissen wie dem Hafengeburtstag oder unlängst dem Deutschen Evangelischen Kirchentag ist die Messe ein zuverlässiger und kompetenter Gastgeber.“

Scholz betonte, die Messen hätten auch in Zukunft eine große Bedeutung für Hamburg: „Wir zählen in Hamburg jedes Jahr mehr als eine Million Messe- und Kongressbesucher. Sie bilden auch für die Hotels, Einzelhändler und Dienstleister in unserer Stadt einen immensen Wirtschaftsfaktor. So ist die Messe eine wertvolle Institution und eine wichtige Botschafterin der Stadt.“

Scholz weiter: „Mit dem Bau neuer Messehallen und der Erweiterung des CCH hat Hamburg in der Vergangenheit deutliche Signale gesetzt. Das setzen wir fort: Das Congress Centrum mit seinen 23 Sälen und einer Brutto-Grundfläche von fast 100.000 m² ist inzwischen deutlich in die Jahre gekommen und nicht mehr zeitgemäß. Senat und Bürgerschaft haben deshalb eine umfassende Erneuerung in naher Zukunft beschlossen.“

Am Ende gratulierte der Bürgermeister der Hamburg Messe mit den Worten: „Hamburg „ist eine Messe wert“ – heute wie vor Jahrhunderten. Sie sorgt stets für frischen Wind im Norden, der bei uns einfach dazugehört. Im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg gratuliere ich der Hamburger Messe zum 650. Geburtstag!“

Rückfragen:

Simone Ollesch

Pressestelle des Senats

Tel.: 040 / 428 31 – 21 55

E-Mail: Simone.Ollesch@sk.hamburg.de

28.01.2015/fb28

Städtische Grundstücke für sozialen Wohnungsbau

SAGA GWG baut über 1.300 geförderte Wohnungen auf 22 städtischen Grundstücken

Finanzsenator Peter Tschentscher hat heute in Anwesenheit des Bezirksamtsleiters von Hamburg-Nord, Harald Rösler, dem SAGA GWG-Vorstand Lutz Basse ein Grundstück an der Finkenau in Barmbek-Uhlenhorst übergeben. Dort entstehen in den kommenden Monaten 107 neue geförderte Wohnungen. Seit 2011 hat der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) damit insgesamt 22 städtische Grundstücke für den Bau von über 1.300 geförderten Wohnungen an das Wohnungsbauunternehmen SAGA GWG verkauft.

SAGA GWG beteiligt sich aktiv am Wohnungsbauprogramm des Senats, das jährlich den Bau von mindestens 6.000 neuen Wohnungen und davon mindestens 2.000 öffentlich geförderten Wohnungen vorsieht. 1.000 der öffentlich geförderten Wohnungen sollen jedes Jahr von SAGA GWG gebaut werden. Um dieses zu ermöglichen, verdichtet das Unternehmen den Wohnungsbestand auf geeigneten eigenen Flächen und kauft Grundstücke von privaten Grundeigentümern an. Darüber hinaus nutzt das Unternehmen auch städtische Flächen, die vom LIG für den Wohnungsbau erschlossen, von Kampfmitteln und möglichen Altlasten befreit und für den geförderten Wohnungsbau verkauft wurden. **Die Stadt arbeite damit „Hand in Hand für einen Wohnungsbau in guten Lagen und zu bezahlbaren Mieten“, sagte Finanzsenator Peter Tschentscher heute.**

Lutz Basse, SAGA GWG Vorstandsvorsitzender: „Wir freuen uns, in der Finkenau mit dem Erwerb städtischer Grundstücksflächen mit mehr als 100 öffentlich geförderten Wohnungen an der Entwicklung eines attraktiven und durchmischten Wohnquartiers mitwirken zu können. Baugemeinschaften, Baugenossenschaften und Bauträger arbeiten hier gemeinsam an einem neuen Quartier in Barmbek-Süd. Für die Erfüllung unserer Zielzahlen im `Bündnis für das Wohnen in Hamburg` mit der Zielzahl von 1.000 jährlichen Baubeginnen sind die städtischen Grundstücke ein unverzichtbarer Baustein.“

Bezirksamtsleiter Harald Rösler: „Mit der Baugenehmigung für diese mehr als 100 öffentlich geförderten Wohnungen haben wir kurz vor Jahreschluss unser Jahresergebnis für 2014 auf insgesamt 2.645 genehmigte Neubauwohnungen steigern und damit die Spitzenposition von Hamburg-Nord halten können. Dieses Beispiel belegt außerdem erneut die große Beliebtheit des Stadtteils Barmbek – ein tolles Projekt!“

Hintergrund Stadtentwicklungsprojekt Finkenau – ehemaliges Pflegeheim Finkenau:

Das SAGA GWG-Grundstück ist die erste Wohnbaufläche nach Fertigstellung der Siedel-, Wasser- und Stromleitungen sowie der Baustraße. Vor Übergabe des Grundstücks wurde der alte Gebäudebestand abgebrochen und eine Kampfmittelsondierung durchgeführt. Für die Verlegung einer alten Fernwärmeleitung musste eine gesonderte Vereinbarung mit Vattenfall geschlossen werden, die den Beginn der Erschließungsarbeiten ermöglicht hat.

Gesamte Fläche des B-Plangebietes Finkenau (ca. 47.000 m²):

Es entstehen noch insgesamt mehr als 230 WE im Geschosswohnungsbau, darunter auch öffentlich geförderter Wohnungsbau, und fast 120 Reihenhäuser.

Die Wohnungszahlen verteilen sich wie folgt:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| • SAGA GWG | 107 öffentlich geförderte Mietwohnungen |
| • Baugemeinschaften | 129, davon 71 als Reihenhäuser |
| • Genossenschaften | 71 öffentlich geförderte Mietwohnungen |
| • Weitere Reihenhäuser (Investoren) | 46 |
| • (Familienquartier | 112 Wohnungen bereits fertig gestellt) |

Gesamt 353 (+ 112 = 465)

Die Erschließungsarbeiten wurden im Dezember 2014 abgeschlossen. Kleine Restarbeiten finden noch im Februar 2015 statt. Der Baubeginn der weiteren Investoren ist ab dem 2. Quartal 2015 geplant.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de
Folgen Sie uns auf Twitter: @FHH_FB

26. Januar 2015/kb26

Arbeitsstipendien für bildende Kunst 2015

Kulturbehörde vergibt zum 35. Mal seit 1981 zehn Arbeitsstipendien für bildende Kunst

Die mit 820 Euro monatlich dotierten Stipendien haben eine Laufzeit von einem Jahr und werden an in Hamburg ansässige bildende Künstlerinnen und Künstler als Auszeichnung für eine besonders herausragende künstlerische Arbeit verliehen.

Die Auswahl der zehn Stipendiatinnen und Stipendiaten erfolgte in einem zweistufigen Auswahlverfahren durch zwei unterschiedlich besetzte Jurys. Von den insgesamt 139 Bewerberinnen und Bewerbern wurde folgenden zehn ein Stipendium zugesprochen:

Babak Behrouz, Carsten Benger, Christiane Blattmann, Armin Chodzinski, Marlene Denningmann, Anja Dietmann, Jens Franke, Verena Issel, Anna Steinert und Helena Wittmann.

Am Ende des Stipendienjahres werden ihre neuen Arbeiten in einer Ausstellung präsentiert, zu der auch ein Katalog erscheinen wird. Die Hamburger Arbeitsstipendien für bildende Kunst gelten als eines der nachhaltigsten Instrumente im Bereich der Förderung des künstlerischen Nachwuchses. Unter den ehemaligen Stipendiaten sind eine große Anzahl überregional und international bekannter Künstlerinnen und Künstler wie zum Beispiel Stephan Balkenhol, Mariella Mosler, Jochen Lempert oder Jeanne Faust.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

30. Januar 2015/kb30

Residenzprogramm zwischen Hamburg und Zürich geht in die nächste Runde

Kulturamt der Stadt Zürich und die Kulturbehörde Hamburg vergeben Atelierstipendium für bildende Künstler in der Schweiz

Das Kulturamt der Stadt Zürich und die Kulturbehörde Hamburg setzen in diesem Jahr den Künftleraaustausch zwischen beiden Städten fort. Ab sofort können sich bildende Künftlerinnen und Künftler bei der Kulturbehörde Hamburg erneut um ein Atelierstipendium in Zürich bewerben. Das Stipendium wird zum dritten Mal vergeben.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Der internationale Austausch von Künftlerinnen und Künftlern ist schon immer eine Säule der Kreativität gewesen. Mit der Kooperation mit dem Kulturamt der Stadt Zürich fördern wir den internationalen Austausch. Zürich und Hamburg verbindet eine vielfältige Kulturszene, die wir mit den Stipendien vernetzen wollen.“

Vom 1. September 2015 bis 30. November 2015 stellt die Kulturabteilung der Stadt Zürich für einen Hamburger Künftler ein Wohnatelier in der F+F Schule für Kunst und Mediendesign in Zürich kostenfrei zur Verfügung. Die Kulturbehörde unterstützt den Stipendiaten mit einem monatlichen Stipendium in Höhe von 1.000 Euro und übernimmt die Reisekosten. Hamburger Künftlerinnen und Künftler, die ihr Studium bereits abgeschlossen haben, können sich bis zum 2. März 2015 bei der Kulturbehörde für das Atelierstipendium in Zürich bewerben.

Im Gegenzug stellt die Kulturbehörde im Jahr 2016 einem Zürcher Künftler ein Wohnatelier in Hamburg für drei Monate kostenfrei zur Verfügung. Stipendium und Reisekosten werden von der Stadt Zürich getragen.

Die Bewerbungsunterlagen können auf der Website der Hamburger Kulturbehörde heruntergeladen werden: <http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/stipendien/>

Bewerbungsschluss ist der 2. März 2015.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: Enno.Isermann@kb.hamburg.de

28. Januar 2015/pr28

Europaminister der Länder treffen sich mit EU-Experten in Brüssel

Zweite Europaministerkonferenz unter Hamburger Vorsitz beschäftigt sich unter anderem mit Freihandelsabkommen TTIP

Auf der zweiten Europaministerkonferenz unter Hamburger Vorsitz am 29./30. Januar 2015 werden die Europaministerinnen und -minister erstmals mit den neuen politischen Akteuren der EU in Brüssel zusammentreffen. Dabei stehen Zukunftsthemen wie die Verhandlungen mit den USA über das Handelsabkommen TTIP oder der Aufbau eines digitalen Binnenmarktes auf dem Programm.

Staatsrat **Wolfgang Schmidt**, Hamburgs Bevollmächtigter beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten und Vorsitzender der Europaministerkonferenz sagte über die anstehende Konferenz: „In diesen Tagen und Wochen werden in Brüssel die Weichen für die Zukunft gestellt. Die neue Kommission ist nun einige Wochen im Amt und auch das Europäische Parlament hat seine Arbeit jetzt richtig aufgenommen. Zugleich stellen Ereignisse, wie der Wahlausgang in Griechenland, Europa vor neue Herausforderungen. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Länder aktiv an den Diskussionen beteiligen und die Interessen einbringen. Ich freue mich auf den Austausch mit den vielen Vertretern der europäischen Institutionen, die wir in den zwei Tagen in Brüssel treffen werden.“

Die Europaministerinnen und -minister werden mit **Günther Oettinger**, EU-Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, über den Aufbau des Digitalen Binnenmarktes sprechen. Mit **Cecilia Malmström**, EU-Kommissarin für Handel, und **Anthony L. Gardner**, Botschafter und Chef der US-Mission in Brüssel, diskutieren Sie über TTIP und weitere Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten. Zudem haben die EMK-Mitglieder die Gelegenheit, mit **Manfred Weber**, Vorsitzender der EVP-Fraktion, über die Neuaufstellung des Europäischen Parlaments zu sprechen.

Weitere prominente Gäste sind **Prof. Dr. Martin Selmayr**, Kabinettschef des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, sowie Dr. **Uwe Corsepius**, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union.

In der Europaministerkonferenz kommen die für Europaangelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister, sowie die Europabevollmächtigten der deutschen Länder regelmäßig zusammen, um die Europapolitik der Länder zu koordinieren. Seit dem 1. Juli 2014 hat die Freie und Hansestadt Hamburg turnusmäßig für ein Jahr den Vorsitz übernommen.

Rückfragen der Medien:

Simone Ollesch, Pressestelle des Senats
Tel.: 040 / 428 31 – 21 55
Mail: Simone.Ollesch@sk.hamburg.de

28. Januar 2015/pr28a



GIGA-Präsidentin Narlikar ruft aufstrebende Mächte zur Übernahme von mehr Verantwortung auf

Die neue Präsidentin des GIGA German Institute of Global and Area Studies, Prof. Dr. Amrita Narlikar, hat bei einem Senatsempfang im Hamburger Rathaus anlässlich ihres Amtsantritts einen Vortrag über den Aufstieg Indiens gehalten. Darin schlussfolgerte sie: „Neue aufstrebende Mächte könnten eher gewillt sein, mehr Verantwortung bei der Lösung globaler Probleme zu übernehmen, wenn sie im Gegenzug durch eine Reform der internationalen Institutionen mehr Einfluss erhielten. Wir könnten die globale Ordnungspolitik durch diese Art von Handel verbessern. Ich nenne das Reform gegen Verantwortung.“

Hamburgs Erster Bürgermeister **Olaf Scholz** sagte: „Es ist eine Ehre für das GIGA, die Universität Hamburg und die Stadt, jemanden von solchem Format und solch großer Erfahrung wie Professorin Narlikar als Mitglied der wissenschaftlichen Gemeinschaft in Hamburg zu begrüßen. Die Stadt ist stolz darauf, als Tor zur Welt zu gelten, und als solches bietet Hamburg ideale Bedingungen für die Arbeit des GIGA. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Senat und dem Auswärtigen Amt eröffnet dem GIGA vielfältige Möglichkeiten. Ich bin sicher, dass Hamburgs Wissenschaft von Ihrer Arbeit profitieren wird.“

Narlikar ist seit Oktober 2014 Präsidentin des GIGA. Zuvor war sie Gründungsdirektorin des Centre for Rising Powers an der University of Cambridge in Großbritannien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Indien, der Aufstieg neuer Mächte, internationale Beziehungen und Welthandel.

In Ihrem Vortrag wies sie insbesondere auf die wachsende Bedeutung Indiens auf der internationalen Bühne hin: „Ein wirtschaftlich stärkeres Indien ist besser in der Lage, bestehende globale öffentliche Güter wie Freihandel und Klimaschutz oder sogar alternative öffentliche Güter bereitzustellen. Ich glaube, in diesem Prozess des wirtschaftlichen Wachstums Indiens könnte Deutschland eine wichtige und konstruktive Rolle spielen.“ In den reifenden deutsch-indischen Beziehungen böten sich laut Narlikar viele Möglichkeiten, besonders in Hinblick auf den ersten Deutschlandbesuch des indischen Premierministers, **Narendra Modi**, im kommenden April.

Weitere Informationen:

Amrita Narlikar: www.giga-hamburg.de/de/präsidentin

Website des GIGA: www.giga-hamburg.de

Rückfragen der Medien:

Frauke Ladleif
GIGA German Institute of Global
and Area Studies
Tel.: 040 / 42825 - 770
presse@giga-hamburg.de

Jan Büchner
Pressestelle des Senats
Tel.: 040 / 428 31 - 21 83
E-Mail:
Jan.Buechner@sk.hamburg.de

PRESSEMITTEILUNG

28. Januar 2015/ds28

Entfremdung oder Annäherung?

Veranstaltung der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder anlässlich des 9. Europäischen Datenschutztages

Der Umgang mit Datenschutzrechten in demokratischen Verfassungsstaaten ist nicht zuletzt seit den Enthüllungen von Edward Snowden zum zentralen politischen Thema im Verhältnis zwischen der EU und den USA geworden. Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder (DSK) hat sich dieses Themas angenommen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Verwaltung im Rahmen des heutigen 9. Europäischen Datenschutztages zusammengebracht. Unter der Überschrift „Europa: Sicherer Hafen des Datenschutzes“ diskutieren sie über den künftigen Umgang mit den unterschiedlichen Datenschutzniveaus in der EU und den USA.

Die systematische Massenüberwachung durch die NSA und die Zusammenarbeit westlicher Geheimdienste wie auch die bislang im Wesentlichen folgenlos verlaufende Diskussion hierüber markieren eine Zäsur. Das Verständnis von Privatsphäre und digitaler Selbstbestimmung wie auch das Verhältnis zwischen Staat und Bürger diesseits und jenseits des Atlantiks beginnt sich zusehends zu polarisieren. Immer deutlicher treten massive rechtskulturelle Unterschiede an den Tag: Während auf der einen Seite der Abbau rechtsstaatlicher Strukturen wie auch die Außerkraftsetzung der Grundrechte zugunsten eines Präventionsstaates droht, wird auf der anderen Seite über eine umfassende Kodifikation des Datenschutzes diskutiert, die auf nichts weniger als eine Neubestimmung des Schutzes der Privatsphäre im digitalen Zeitalter abzielt.

Die Veranstaltung beschäftigt sich mit dem Phänomen der sich über den datenschutzrechtlichen Unterschieden zusehends entfremdenden Partnern und den sich hieraus ergebenden Fragestellungen. Neben der Analyse rechtskultureller Unterschiede und ihrer Ursachen soll auf die Möglichkeiten der Datenschutzgrundverordnung zur Begrenzung exzessiver Datensammelei eingegangen werden.

Vor dem Hintergrund eines umfassenden anlasslosen Zugriffs der US-Sicherheitsbehörden auch auf die Daten europäischer Bürger in der Hand von US-Unternehmen geht es konkret um die Legitimation der Übermittlung von Daten privater Unternehmen aus der EU in die USA. Dabei sind die Auswirkungen des Fehlens der datenschutzrechtlichen Grundbedingungen für den Datentransfer in

die USA auf die Handelsbeziehungen zu diskutieren. Gerade die Datenschutzaufsichtsbehörden stehen vor der Aufgabe, die Vorgaben für eine Datenübermittlung in die USA kritisch zu überprüfen und damit künftig unzulässige Übermittlungen zu untersagen.

Dazu der diesjährige Organisator der Veranstaltung, Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit:

„Die Debatte über den Umgang mit den digitalen Grundrechten muss offen und deutlich fortgeführt werden. Das gilt gerade auch vor dem Hintergrund der jüngsten schrecklichen Anschläge von Paris und der Tatsache, dass seither die Themen der Inneren Sicherheit wieder ganz oben auf der Agenda stehen. Die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit setzt die kritische Vernunft aller an der Diskussion beteiligten Akteure voraus. Pläne, die anlasslosen Überwachungsinstrumente wie die Speicherung von Kommunikationsdaten sowie der Fluggastdaten auf Vorrat einzuführen oder künftig die Verschlüsselung von E-Mails zu verbieten, sind hier nicht hilfreich. Sie lenken davon ab, dass klare Antworten zum Schutz vor einer systematischen massenhaften Überwachung im internationalen Datenverkehr nach wie vor ausstehen. Und sie verkennen, dass der Rechtsstaat in der Lage sein muss, auf Bedrohungen mit Augenmaß zu reagieren. Sonst stellt er sich selbst in Frage. Die Anerkennung des Rechts auf Privatsphäre und einer freien Kommunikation sowie die wirksame Schaffung von Rechtsbehelfen von EU-Bürgern ist weiterhin ebenso gefordert wie die Beschränkung des Zugriffs von US-Sicherheitsbehörden auf Daten nach Maßgabe der rechtsstaatlichen Vorgaben der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit. Die heutige Veranstaltung trägt dazu bei, die Wichtigkeit einer gemeinsamen Basis beim Datenschutz zwischen Europa und den USA zu verdeutlichen und darüber hinaus die negativen Konsequenzen für die europäisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen aufzuzeigen, die sich ergeben, wenn eine solche nicht zügig hergestellt werden kann.“

Nähere Informationen zu der Veranstaltung und den Teilnehmern erhalten Sie unter:

https://www.datenschutz-hamburg.de/uploads/media/Informationsflyer_9_Europaeischer_Datenschutztag_2015_01.pdf

Kontakt/ Rückfragen:

Martin Schemm, Tel. 040 / 428 54 - 4044

PRESSEMITTEILUNG

30. Januar 2015/ds30

Facebooks neue Datenrichtlinie tritt heute in Kraft

Zweifel an der Rechtmäßigkeit bleiben

Eine kritische Durchsicht der angekündigten Änderungen von Nutzungsbedingungen und Datenrichtlinie von Facebook zum 30. Januar 2015 hat datenschutzrechtliche Zweifel an der Zulässigkeit des beschriebenen Umfangs und der Art der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten der Nutzerinnen und Nutzer aufkommen lassen. Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (HmbBfDI) wird insbesondere klären, ob der in der Neuformulierung der Datenrichtlinie beschriebene Austausch personenbezogener Daten mit den als „Facebook-Unternehmen“ bezeichneten Drittunternehmen (z.B. WhatsApp, Instagram, Atlas), vor allem unter Einbeziehung der von diesen Unternehmen verwendeten Datenschutzerklärungen, zulässig ist. Der in der Datenrichtlinie beschriebene Umfang und die Art der Datenverarbeitung muss außerdem im Einklang mit den Prinzipien der Zweckbindung und Transparenz der Datenverarbeitung sowie der Datensparsamkeit und Datenvermeidung stehen.

Wir haben Facebook eine Reihe von Fragen gestellt, deren Beantwortung wir bis Ende Februar erwarten. Bis zu diesem Zeitpunkt planen wir keine rechtlichen Schritte, wir werden aber zeitnah, insbesondere in Abstimmung mit unseren Kollegen in den anderen EU-Mitgliedstaaten, das weitere Vorgehen abstimmen.

Insbesondere gilt es, Folgendes zu klären:

1. Auf welcher Rechtsgrundlage räumen sich Facebook und seine angeschlossenen Unternehmen die in der Datenrichtlinie umfangreich benannten Übermittlungsbefugnisse ein? Auf welcher Grundlage werden künftig die personenbezogenen Daten authentifizierter und nicht authentifizierter Nutzerinnen und Nutzer erhoben und verarbeitet?
2. Sollte sich Facebook auf die Einwilligung der Nutzerinnen und Nutzer berufen, wird deren Wirksamkeit zu prüfen sein. Dies betrifft die Frage der Freiwilligkeit, vor allem mit Blick auf die bereits registrierten Nutzerinnen und Nutzer, ebenso wie die Information der Nutzerinnen und Nutzer über die Art und den Umfang der Datenverarbeitung.
3. Wie setzt Facebook die Grundprinzipien der Datenvermeidung und Datensparsamkeit gemäß § 3a Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und die in § 13 Abs. 4 Nr. 4 bis 6 Telemediengesetz (TMG) beschriebenen technischen und organisatorischen Maßnahmen des Trennungsgebots um?

Es ist bedauerlich, dass Facebook unserer Empfehlung, das Inkrafttreten der Datenrichtlinie bis zum Abschluss des Prüfverfahrens auszusetzen, nicht nachgekommen ist. Die Befürchtung, dass die Daten von Nutzern künftig in großem Maßstab zwischen den Unternehmen des Facebook-Konzerns ausgetauscht werden, sollte Facebook ernst nehmen. „Sie wird dadurch bestätigt, dass die neue Datenrichtlinie heute ohne diesbezügliche Korrektur in Kraft getreten ist“, so Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Die Zuständigkeit der Hamburger Datenschutzaufsicht für Facebook gründet sich auf § 38 BDSG i.V.m. § 24 Hamburgisches Datenschutzgesetz und dem Umstand, dass die Facebook Germany GmbH ihren Sitz in Hamburg hat. Nach unserer Auffassung ergibt sich die Anwendung des nationalen Datenschutzrechts auf die Facebook Ireland Ltd. und Facebook Inc., insbesondere aus den Vorgaben des TMG und aus § 1 Abs. 5 BDSG. Diese müssen im Lichte des Urteils des EuGH vom 13. Mai 2014 (C-131/12, Recht auf Löschung in der Google-Suchmaschine) europarechtskonform ausgelegt und angewendet werden (anhand des Art. 4 Europäische Datenschutzrichtlinie 95/46/EG).

Kontakt/ Rückfragen:

Arne Gerhards, Tel. 040 / 428 54 - 4153

Terminkalender

Vom 2. Februar bis 8. Februar 2015

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 02.02.2015

- 10:30** Kornhooper Landhaus, Kornhoop 5, 22848 Norderstedt
Senator Michael Neumann nimmt am **Geburtstagsempfang** anlässlich des **100. Geburtstages von Rosamunde Pietsch, der ersten Hamburger Polizeikommissarin**, teil.
- 11:00** Beratungszentrum für Senioren und körperbehinderte Menschen, Garstedter Weg 13
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Eröffnung des Beratungszentrums für Senioren und körperbehinderte Menschen in Eimsbüttel** ein Grußwort.
- 14:00** Kirchwerder Elbdeich 257
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Grundsteinlegung des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Kirchwerder Süd** ein Grußwort.

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.
- 14:00** Europa-Passage
Senator Frank Horch begrüßt die **3-millionste Nutzerin des HVV Mobiltickets**.
- 16:00** Airbus Werk Bremen
Senator Frank Horch nimmt teil am **Airbus-Dialog mit seinen norddeutschen Ministerkollegen und im Anschluss am TAKE off 2015**.
- 16:30** Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel
Staatsrat Jens Lattmann spricht anlässlich der **Erweiterung der, durch den Telefonischen HamburgService betreuten, Behördenrufnummer 115 innerhalb Schleswig-Holsteins** ein Grußwort.

Dienstag, den 03.02.2015

- 15:00** Am Schleusengraben
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnung des Technologiezentrums Energie-Campus der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (CC4E)** ein Grußwort.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Senator Frank Horch nehmen teil.
- 20:00** Hauptkirche St. Katharinen, Katharinenkirchhof 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht das **Konzert „Water Passion“** anlässlich der **Festivaleröffnung von „Lux Aeterna“** und spricht ein Grußwort bei dem anschließenden Empfang.

Mittwoch, den 04.02.2015

- 09:30** Überseebrücke, Ponton Ost
Senator Frank Horch spricht bei der **Taufe des neuen Seilgreifbaggers der**

Hamburg Port Authority.

- 11:00** Repsoldstr. 27
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks besucht das **maxQ. Kompetenzcenter Nord**.
- 13:00** Grand Elysée Hotel, Rothenbaumchaussee 10
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Begrüßung** der **Vortragsveranstaltung des Arbeitskreises Arbeitssicherheit** ein Grußwort.
- 18:00** Körberforum, Kehrvieler 12
Senatorin Jana Schiedek nimmt an einer **Diskussionsrunde** zum **Programmstart mint:pink 2015** teil.

Donnerstag, den 05.02.2015

- 09:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs, Vassilios Skouris**, zum Gespräch.
- 11:00** Handwerkskammer, Holstenwall 12
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Jahrespressekonferenz des Arbeitskreises Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften** ein Grußwort.
- 12:00** Restaurant NIO, Reeperbahn 1, Tanzende Türme
Senator Michael Neumann nimmt am **Turm-Snack** zum Thema „**Olympia in Hamburg**“ teil.
- 13:30** Berlin, Bundesrat
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an der **(Politischen) Sondersitzung des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates** teil.
- 14:00** Universität, Edmund-Siemers-Allee 1
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Eröffnungsveranstaltung der Tagung „Griechenland und die Zukunft des griechischen Hochschulsystems“** ein Grußwort.
- 15:00** Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich des **Senatsempfangs** für **Vertreter der Hamburger gesundheitlichen Selbsthilfegruppen** ein Grußwort.
- 15:00** Finanzbehörde, Gänsemarkt 36
Senator Dr. Peter Tschentscher besucht den **Jahresempfang der Kommission für Bodenordnung**.

Staatsrat Jens Lattmann nimmt teil.
- 15:00** Verlagshaus Gruner +Jahr, Baumwall 11
Senator Ties Rabe nimmt an der **Preisverleihung** des **Schülerzeitungswettbewerbs** teil und spricht ein Grußwort.
- 17:00** Finanzbehörde, Gänsemarkt 36
Staatsrat Jens Lattmann eröffnet die **25. Ausstellung „Kunst im Gange“** mit einem Grußwort.
- 18:00** Altonaer Museum, Galionsfigurensaal, Museumstraße 23
Staatsrat Michael Sachs wird der **Gustav Oelsner Ziegel** durch das **Architektur Centrum** verliehen.

- 19:00** Landesvertretung Hamburg Jägerstraße 1-3, Berlin
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich der **Veranstaltung „Hamburg rockt“** mit Bernd Begemann, Thees Uhlmann und Poems for Jamiro ein Grußwort.

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.
- 19:30** Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht im Rahmen eines **Senatsempfangs** anlässlich der **Tagung „Griechenland und die Zukunft des griechischen Hochschulsystems“** ein Grußwort.
- 19:30** Au Quai, Große Elbstrasse
Senator Frank Horch spricht bei den **Hamburger IT-Strategietagen** zu den Gästen.
- Freitag, den 06.02.2015**
- 09:30** Berlin, Bundesrat, Leipziger Str. 3-4, 10117 Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **930. Plenarsitzung des Bundesrates** teil.
- 13:00** Haus im Park, Gräpelweg 8
Staatsrat Jens Lattmann nimmt am Empfang anlässlich der **Ausstellung „Bergedorfer Stiftungen zeigen Gesicht“** teil.
- 15:00** HSVA, Hamburgische Schiffbauversuchsanstalt
Senator Frank Horch spricht bei der **Verabschiedung des Chefs der HSVA, Dipl.Ing. Jürgen Friesch, und begrüßt dessen Nachfolgerin Dr. Janou Henning.**
- 19:00** Museumsdorf Volksdorf, Im alten Dorfe 46-48
Senator Dr. Peter Tschentscher hält anlässlich seiner **Ernennung zum Waldherrn** die Festrede beim **10. Waldherrenmahl der Stiftung Museumsdorf Volksdorf.**
- Samstag, den 07.02.2015**
- 09:00** Gymnasium, Kaiser-Friedrich-Ufer 6, Aula
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Fachtagung „fit und pffiffig – Kinder bewegen ihre Zukunft“** das Eröffnungsgrußwort.
- 18:30** Hotel Atlantic
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast beim **Steuerberaterball 2015.**
- Sonntag, den 08.02.2015**
- 11:00** Landesvertretung Hamburg, Jägerstraße 1-3, Berlin
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort beim **Senatsempfang** anlässlich der **65. Berlinale.**